

Frühjahrssession des Nationalrates

## **Zukunftsprojekt NEAT Lötschberg – Sichern und Weiterentwickeln**

Von Nationalrätin Viola Amherd

Agrarreform, Gesundheitspolitik und Klimawandel prägten wesentlich die Medienberichte über die Frühjahrssession des Nationalrates. Für das Wallis war daneben aber vor allem die Umwandlung des Lötschberg-Baukredits in ein bedingt rückzahlbares Darlehen sehr wichtig.

### **Sicherung der Lötschbergachse**

Die Umwandlung des Baukredits für die NEAT Lötschberg in ein Darlehen, das nicht mehr unbedingt zurückzuzahlen ist, bildet die Voraussetzung, dass der Bund die Kontrolle über den Lötschberg-Basistunnel erhält. Dazu soll das Schienennetz von der Transportdienstleistung der BLS AG getrennt und mit der Tunnelbetreiberin «BLS Alptransit» zur «BLS Netz AG» zusammengelegt werden. In dieser neuen Gesellschaft soll der Bund die Aktienmehrheit besitzen. Das ist wichtig, damit der Tunnel nicht als privates Unternehmen in fremde Hände fallen kann. Das ist für das Wallis eine schon fast existenzielle Frage. Der Vorlage stimmten denn auch fast alle Fraktionen zu. Einzig die SVP äusserte Widerwillen gegen diesen bedeutsamen Schritt für unseren Kanton.

### **Vorstoss zur Grossregion «Gemmi-Rawil»**

Am Lötschberg hängt viel von der Zukunft des Wallis. So bietet die NEAT die Chance, die drei Agglomerationszentren Brig-Glis/Visp/Naters, Siders/Sitten und Thun/Spiez miteinander zu verknüpfen. Mit einem Potential von rund 260'000 Einwohnerinnen und Einwohner wäre das eine der grössten Regionen in der Schweiz; mit Fahrzeiten zwischen den Zentren von ca. 30 bis 45 Minuten. Dazu ist neben der zweiten Spur im Tunnel auch der Vollausbau des Westastes mit Tunnelausgang in Steg nötig, der heute nur als Ausbruchstollen besteht. Die Vernetzung der drei Agglomerationen verspricht wichtige und entscheidende Impulse für die Region rund um die historischen Handelswege Gemmi und Rawil. Mit einem eigenen Vorstoss habe ich dazu das politische Terrain vorbereitet.

### **Bewahrung öffentlicher Bibliotheken**

Der Nationalrat hat für weitere vier Jahre der Stiftung Bibliomedia eine finanzielle Unterstützung von insgesamt acht Millionen Franken zugesichert. Die Stiftung wirkt sorgt dafür, dass auch in Randregionen, kleinen Gemeinden und ihren Schulen der Zugang zu Büchern und Medien über öffentliche Bibliotheken gewährleistet ist. Gerade für unseren Kanton ist dies von grosser Bedeutung. Die Verlängerung wurde nötig, weil sich das neue Kulturförderungsgesetz leider verzögert. Der Bundesrat wollte den Beitrag erneut – und gegen den wiederholt erklärten Willen des Parlaments – kürzen. Auch hier vertrat die SVP nicht die Interessen der Randregionen.